BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Blessenstätte 23a · 33330 Gütersloh

An
den Vorsitzenden
des Jugendhilfeausschusses
der Stadt Gütersloh
Herrn Carsten Rethage

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Stadt Gütersloh
Maik Steiner, Fraktionsvorsitzender
Gitte Trostmann, Fraktionsvorsitzende
Blessenstätte 23a
33330 Gütersloh

Telefon: 05241/14051
fraktion@gruene-guetersloh.de
www.gruene-guetersloh.de

Gütersloh, 08.09.2026

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Jugendhilfeausschuss am 10.09.2026 zum TOP 7 „Kinder- und Jugendförderplan 2027-2031“

Sehr geehrter Herr Rethage,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.09.2026 den folgenden Antrag zur **Schulsozialarbeit** zum TOP 7**.**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Für die Schulsozialarbeit in Gütersloh wird die Variante D umgesetzt:

- zusätzlich ca. 4 Vollzeitstellen,
- Kosten ca. 388.000 Euro jährlich,
- Aufstockung der Koordination der Schulsozialarbeit um 0,25 VzÄ Koordinierungsstelle *(siehe Beschlussvorschlag 244/2026)*.

2. Die Verwaltung prüft bis zur ersten JHA-Sitzung im Jahr 2027, wie die Schulsozialarbeit vor Ort gestärkt bzw. entlastet werden kann. Dazu gehören:

- eine Evaluation, inwiefern das Berichtswesen auf ein Minimum reduziert werden kann, um den Fachkräften mehr Zeit für die Beziehungsarbeit mit den Kindern und Familien zu geben,
- ein Vorschlag, wie die Fachberatung der Träger (Netzwerkarbeit in der Schulsozialarbeit als Grundlage der Beratungs- und Präventionsarbeit) dauerhaft im Finanzplan der Stadt gesichert werden kann, sodass keine Finanzierung aus unterjährig eingesparten Mitteln erfolgen muss,
- eine Prüfung, ob die Ressourcen für die Koordinierungsstelle auch nach der Erhöhung um 0,25 VzÄ perspektivisch ausreichend sind,

- ein Austausch zwischen den Schulsozialarbeiter*innen und der Fachberatung, in dem gemeinsam geklärt wird, welche Bedarfe bestehen und wie Entlastung im Arbeitsalltag der Schulsozialarbeit konkret aussehen kann. Dabei soll auch geprüft werden, ob routinemäßige Beratungsangebote (z.B. Workshops oder Präventionsprogramme) an externe Anbieter vergeben werden können, damit die fallspezifische, beziehungsbasierte Arbeit bei der zuständigen Fachkraft bleibt. Mögliche Instrumente sind das Modell „Geld statt Stelle" oder Springerstellen.

3. Die Verwaltung prüft außerdem, inwieweit Jugendamtsstellen stärker in Schulen und Sozialräumen verankert werden können.

Begründung

Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, individuelle Entwicklung und die Zukunftsfähigkeit der Stadt Gütersloh. Die Stadt verfolgt daher eine ganzheitliche Bildungsstrategie, die Menschen in allen Lebensphasen verlässlich begleitet (vgl. Strategische Oberziele der Stadt Gütersloh). Ziel ist es, die Schulsozialarbeit vor Ort sowohl quantitativ als auch qualitativ zu stärken und ihre Kontinuität zu gewährleisten, damit sie den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen gerecht werden kann.

Zu 1) Dieser Antrag stellt sicher, dass keine Stellenanteile an Schulen durch Umverteilung gekürzt werden müssen. 3 Grundschulen und 4 weiterführende Schulen werden durch ein Plus an Schulsozialarbeit gestärkt, während alle anderen Schulen ihre aktuellen Stellenanteile behalten. Damit ist der rechnerische Bedarf von 248 SuS/VzÄ an Grundschulen bzw. 254 SuS/VzÄ an weiterführenden Schulen gedeckt. Dies entspricht jedoch noch nicht der von den Fachberatungen geforderten Qualität (150 SuS/VzÄ).

Zu 2) Gleichzeitig wird bedarfsorientiert geprüft, welche Unterstützungsmaßnahmen und welche anderen Ressourcen der Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt werden können, um auch in Zukunft eine verlässliche und gestärkte Schulsozialarbeit zu gewährleisten. Davon profitieren Kinder und Jugendliche, Familien sowie alle Personen, die in der Schule tätig sind.

Zu 3) Beispielsweise könnten in Familiengrundschulzentren Ansprechpersonen des Jugendamtes vor Ort die Kommunikation und Beratung zwischen den in der Schule beschäftigten Personen (multiprofessionelle Teams, Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, etc.) und den Familien verbessern. Dies würde die Hürde zwischen Familien und Jugendamt herabsetzen und die Wahrnehmung des Jugendamtes als familienunterstützendes Netzwerk erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen,

Sara Pérez de Siles Fernández — Sprecherin im Ausschuss

Simone Hanneforth — stellvertr. Mitglied im Ausschuss